

Land und Banken wollen gemeinsam die Krise bewältigen

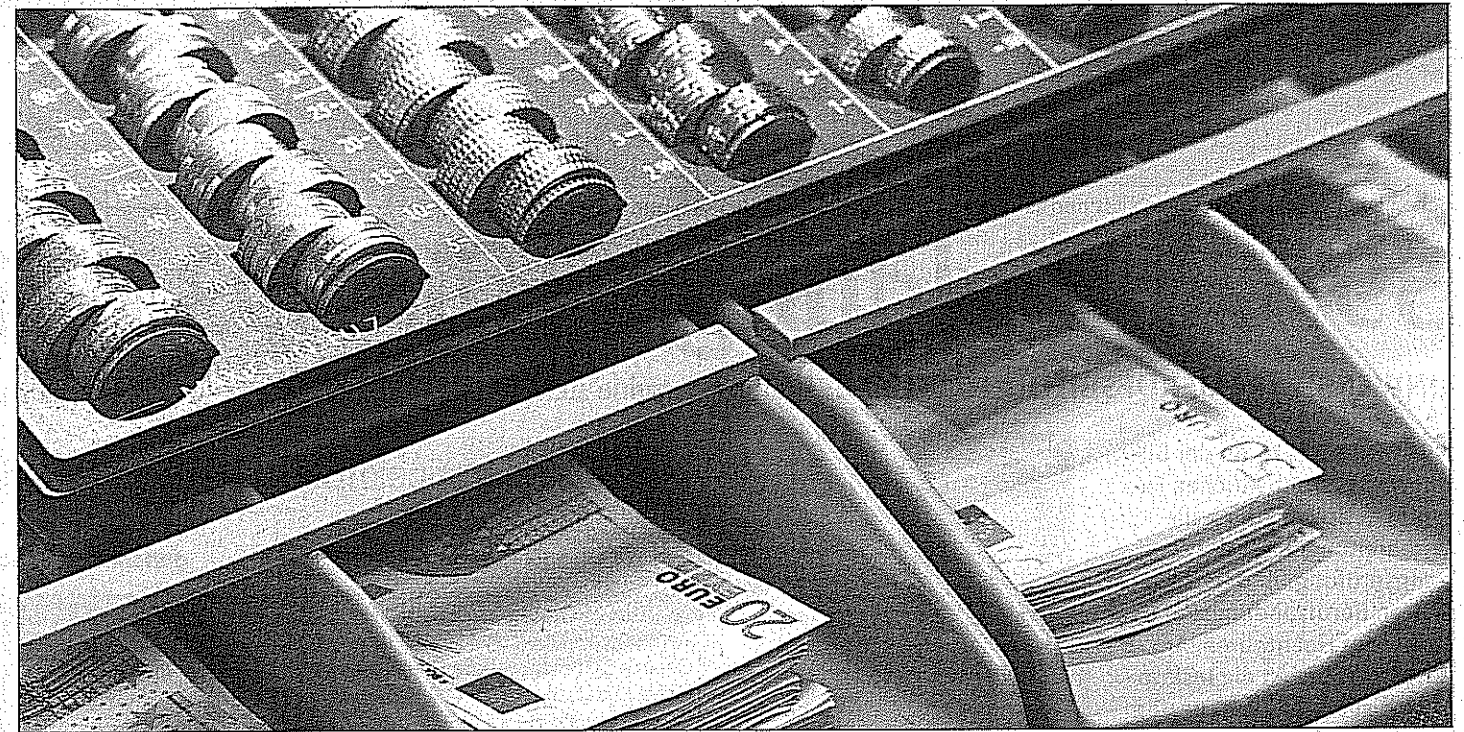
LANDESREGIERUNG: Maßnahmen zur Unterstützung heimischer Unternehmen – Vier Maßnahmen vorgestellt

BOZEN (LPA). Mit vier verschiedenen Maßnahmen will das Land, zusammen mit lokalen Banken, heimische Betriebe stärken. Eine Arbeitsgruppe hat in den vergangenen Wochen Vorschläge und Maßnahmen zu Bürgschaften, Export, Rotationsfonds und zur Ansiedlung von Betrieben in abwanderungsgefährdeten Gebieten ausgearbeitet.

Die Landesräte Thomas Widmann, Roberto Bizzo und Florian Mussner auf der einen, die Spitzen der Volksbank, der Raiffeisenkassen, des Raiffeisenverbandes, der Südtiroler Sparkasse, von der Bank für Trient und Bozen (BTB) sowie der Investitionsbank Trentino-Südtirol auf der anderen Seite: So war die Arbeitsgruppe zusammengesetzt, wobei von Seiten zu reden nicht ganz richtig ist: „Land und Banken sollten gemeinsame Wege finden, um die heimischen Betriebe in Zeiten der Krise zu stärken“, sagte Landeshauptmann Luis Durnwalder gestern nach der Vorstellung der Arbeitsgruppen-Ergebnisse in der Landesregierung.

Ziel war, die Liquiditätsbeschaffung zu erleichtern, andererseits aber auch Betrieben in Schwierigkeiten zu helfen: „Ein Konkurs sollte nur der letzte Schritt sein, davor geht es darum, die Situation jedes Unternehmens zu durchleuchten und Möglichkeiten zu finden, wie es vielleicht gerettet werden kann“, so Durnwalder.

Landesrat Widmann, von Landesregierungsseite federführend in der Arbeitsgruppe, betont, dass man bereits früh drei Achsen ausgemacht habe, auf denen Land und Banken ge-



Damit die Kassen der heimischen Betriebe nicht leer werden, wollen Banken und Land gemeinsame Initiativen starten.

LPA

meinsam aktiv werden wollten: „Es geht um Garantiegenossenschaften, Export und Rotationsfonds.“ Was den ersten Punkt betrifft, so sei zwar ein wichtiger Schritt gesetzt worden, der endgültige stehe aber noch aus. „Wir haben durch die Verringerung von fünf auf zwei Genossenschaften deren Effizienz gesteigert und die Kosten für deren Verwaltung gesenkt, Ziel bleibt aber eine einzige Genossenschaft“, so der Landeshauptmann.

Ein weiteres Ziel sei eine Harmonisierung der Bewertungskriterien für die Kreditwürdigkeit eines Betriebs: „Leider ist es heute häufig so, dass die Genossenschaften einen Betrieb als kreditwürdig einstufen und eine Bürgschaft übernehmen, die Banken aber aufgrund anderer Kriterien einen Kredit trotzdem

ablehnen“, so der Landeshauptmann.

Achse Nummer zwei war die Stärkung des Exports: „Wir wollen die Internationalisierung unserer Unternehmen fördern und setzen dabei einerseits auf finanzielle Unterstützung in Form eines Exportfonds, andererseits auf die Unterstützung von Beratung und Qualifizierung, die wiederum die Bearbeitung neuer Märkte erleichtern soll“, erklärt Widmann.

Was den Exportfonds betrifft, werden im Haushalt 2013 fünf Millionen Euro vorgesehen. „Damit sollten wir ein Exportvolumen von rund 500 Millionen Euro absichern können“, unterstrich der Landeshauptmann. Als Partner fungiert dabei die österreichische Kontrollbank, die ihr Know-how zur Verfügung stellen soll.

„Wir werden eine entsprechende Konvention ausarbeiten, die vorsieht, dass sich die Unternehmen an ihre Hausbank wenden, die wiederum die Kontrollbank zur Beratung heranzieht“, so Durnwalder. Als italienisches Pendant habe man die SACE vor Augen.

Auch der dritten Achse – dem Rotationsfonds – soll verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Derzeit stecken darin rund 500 Millionen Euro des Landes, dazu kommt die selbe Summe von Seiten der Banken. „Wir haben heute (gestern, Anm. d. Red.) analysiert, wie die Abläufe erleichtert und beschleunigt werden können“, erklärte der Landeshauptmann. Und Landesrat Widmann ergänzt: „Der Fonds soll auch mit einer größeren Flexibilität gehandhabt werden, etwa wenn es um die Rück-

zahlung der Raten von Seiten in Schwierigkeit geratener Unternehmen geht.“

Neu dazu gekommen ist heute schließlich eine vierte Achse, mit deren Bearbeitung man die Arbeitsgruppe aus Land und Banken betraut: die Neuansiedlung von Betrieben in Gebieten, aus denen Abwanderung droht. „Dort Jobs und damit Zukunftsperspektiven zu schaffen, ist das Um und Auf“, so Durnwalder, der betont, dass man rechtzeitig die Voraussetzungen schaffen wolle, die peripheren Gebiete als Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten. Es gehe nun darum, Anreize für Unternehmen zu schaffen, sich in den betroffenen Gebieten anzusiedeln: „Wir denken an ein Maßnahmenpaket, von Steuererleichterungen über höhere Beiträge bis hin zu technischer Hilfe“, so Durnwalder.